Rundbrief 02 / 12

attac

Europa kaputtsparen? Nicht mit uns!

Europäische Aktionstage vom 17. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main



Foto: Kay Schulze

Inhalt

Auch wenn es hier in Deutschland einmal wieder so scheint, als ob die Krise des Finanzmarktkapitalismus bewältigt wäre, hat sich tatsächlich nichts an deren Ursachen geändert. Die Situation ist instabiler denn je, ein erneuter Kollaps im Finanzsektor ist jederzeit möglich. Die zweite Krisen-Phase, die Turbulenzen der Eurozone, wurde von den Regierungen bisher dazu genutzt, die Banken mit weiteren Mitteln „zu retten" und zugleich eine Verarmungspolitik in großen Teilen Europas durchzusetzen. Die Bundesregierung ist ein zentraler Motor dieser Schockstrategie des Sozialabbaus und Rückbaus gewerkschaftlicher Rechte. Die Troika, der neue Club aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ist das wichtigste Instrument dieser „Strukturanpassungspolitik", wie sie ähnlich seit den 1980er Jahren in den Ländern des globalen Südens durchgesetzt wurde. Diese Politik läutet den Anfang einer autoritären Transformation der EU ein.

Um dem etwas entgegen zu setzen, planen Attac-Aktive vom 16. bis 19. Mai in einem breiten Bündnis europäische Aktionstage in Frankfurt. Hauptelemente sind eine Blockade der EZB durch vielfältige Aktionen, insbesondere auch Aktionen zivilen Ungehorsams, am Freitag, 18. Mai. Am Samstag, den 19. Mai wird um 12 Uhr eine große Demonstration durch das Bankenviertel starten: gegen die Verarmungspolitik in Europa, für Demokratie und gegen die Macht der Banken.
Die Aktionstage verfolgen das Ziel, die Stimmen europäischer sozialer Bewegungen in der deutschen Öffentlichkeit sichtbar und hörbar zu machen: Deshalb erwarten wir viele Aktive aus Frankreich, Belgien, und Italien, aber auch einige aus anderen Ländern wie Griechenland und Spanien.
Organisiert werden die Protesttage von einem Bündnis aus Attac, der Interventionistischen Linken, Occupy-Gruppen, Verdi Stuttgart, Linkspartei, Grüne Jugend, Linksjugend/Solid, Erwerbslosenforum Deutschland und vielen anderen. Los geht es bereits am 16. Mai mit inhaltlichen Veranstaltungen und dem „Zuzelten" des Frankfurter Finanzviertels.

Die Aktionstage in Frankfurt bieten außerdem die Chance, hier den Widerstand in ganz Europa gegen den europäischen Fiskalvertrag zuzuspitzen. Denn mit seiner „Schuldenbremse" und den Eingriffsrechten der EU-Kommission wird erstens in allen Staaten eine quasi-automatische unsoziale Kürzungspolitik auf Dauer verankert und zweitens das Haushaltsrecht der Parlamente substantiell eingeschränkt. Bisher ist geplant, dass am 25. Mai über dieses anti-demokratische Vertragswerk abgestimmt wird. Die breite Mobilisierung nach Frankfurt kommt daher genau richtig, um der Pro-Fiskalpakt-Koalition aus FDP, CDU, SPD und Grüne etwas entgegen zu setzen.

Den globalen Kontext für die Aktionen in Frankfurt werden größere Demonstrationen von Occupy-Gruppen und Gewerkschaften am 1. Mai überall in den USA bilden. Zudem stehen sie im direkten Zusammenhang des 12. Mai, zu dem die Bewegung 15. Mai (15M) ein Jahr nach den großen Platzbesetzungen in Spanien aufruft und an dem in vielen Städten weltweit ein dezentraler Aktionstag vorbereitet wird. Primavera Global – Globaler Frühling?!

Mehr Infos unter:
www.attac.de/eurokrise

Alexis Passadakis, Attac-Rat
Tine Steininger, Attac-KoKreis

1 EUR 50



Internationale Solidarität gegen die Krisenpolitik der Troika

Attac mobilisiert als Teil eines breiten Bündnisses zu europäischen Tagen des Protestes vom 17. bis 19. Mai in Frankfurt am Main. Roland Süß, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac, erzählt, warum es sich lohnt, gegen das Krisendiktat der Europäischen Union aktiv zu werden.

Warum bietet sich gerade Frankfurt als Ort für internationale Protesttage an?
Nicht nur in Europa, sondern weltweit gingen im letzten Jahr empörte Menschen gegen die sozialen Auswirkungen der vorherrschenden Krisenpolitik und gegen die Umverteilung von unten nach oben auf Straßen und Plätze. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo, dem Syntagma-Platz in Athen, der Puerta del Sol in Madrid und dem Zuccotti-Park in New York, überall forderten Menschen soziale Gerechtigkeit und echte Demokratie. Auch wenn wir mit unseren Demonstrationen am 15. Oktober und 12. November 2011 in Deutschland erste wichtige Zeichen setzen konnten, mussten wir doch eingestehen, dass sich das Aufbegehren in Deutschland in Grenzen hielt.
In Griechenland zeigen sich gegenwärtig die katastrophalen Auswirkungen der europäischen Krisenpolitik am deutlichsten. Die Bedingungen der „Euro-Rettungspakete“, das Diktat der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfond (IWF) und EU-Kommission verschärft in den Ländern Südeuropas die Krise. Immer mehr Staaten werden von der demokratisch nicht legitimierten Troika beherrscht, die vor allem auf Druck der deutschen Bundesregierung eingerichtet wurde und mit ihrer ökonomischen Schock-Strategie zur Zerschlagung der Sozialsysteme und zu radikalen Lohnkürzungen führt. Diese Krisenpolitik ist ein Angriff auf die Demokratie und vernichtet öffentliches Eigentum.
Das alles dient vor allem der Rettung der Finanzmarktakteure und Vermögensbesitzer. In ihrem Interesse liegt dieser Raubzug, ihre Profite sollen durch die ökonomische Schock-Strategie gesichert werden. Zur Kasse gebeten werden sollen jedoch diejenigen, die keinerlei Verantwortung für die Krise tragen.
Wir heben die EZB, als durchsetzungsmächtigen Akteur hinter den Kulissen und als Schaltstelle der herrschenden Politik, ins Zentrum unserer Kritik und unserer Aktionen. Wir sagen: Dies geschieht nicht in unserem Namen!

An welche Debatten der Vergangenheit können wir unsere Kritik an einer neoliberal geprägten Globalisierung anknüpfen?
Die Rezepte sind ja nicht neu. Schon vor über 30 Jahren konnte sich das neoliberale Weltbild in vielen Ländern durchsetzen. Das Versprechen: Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung bringe Wohlstand für alle. Wie wir wissen, haben sich die Versprechen nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil. Den Ländern des Südens wurde eine „nachholende Entwicklung“ versprochen. Die Schuldenkrise der 80er Jahre und die Strukturanpassungsprogramme des IWF haben genau das Gegenteil bewirkt. Für viele hatte der IWF daraufhin seine politische Überzeugungskraft verloren. Erst mit dem Ausbruch der Krise 2007 erhob sich der IWF wie ein Phoenix aus der Asche. Das heutige Krisendiktat der Troika entspricht den Strukturanpassungsprogrammen, die der IWF seit den 80er Jahren der „Dritten Welt“ auferlegt hat – mit den bekannten desaströsen Folgen. Nun soll zunächst in den südeuropäischen Ländern nachgeholt werden, was in der Vergangenheit die Länder des Südens in die Katastrophe stürzte.
Griechenland ist dabei ein Versuchslabor für eine gesellschaftliche Veränderung. Die Krise wird genutzt, um die Gesellschaft binnen kürzester Zeit radikal umzubauen. Ein Modellversuch, der auf ganz Europa ausgeweitet werden könnte.

Die deutsche Regierung erweckt den Eindruck, sie habe ihre Hausaufgaben gemacht, für uns sei die Krise vorbei. Die Krise sei ein Problem der anderen.
Gerade Deutschland mit seiner starken Exportorientierung wird sich der Krise nicht entziehen können. Außerdem ist der deutsche Exportüberschuss die andere Seite der Medaille des griechischen Defizits – und damit wesentlich mit verantwortlich für die Krise in Griechenland. Keines der Probleme, die zur Krise geführt haben, wurde wirklich angegangen. Die Politik versucht die Krise zu verwalten, ohne grundsätzliche Änderungen durchzusetzen, so als handle es sich um eine vorübergehende Störung.
Was wir jedoch gegenwärtig erleben, ist eine systemische Krise, in der es objektive Grenzen der Kapitalakkumulation gibt. Mit dem Aufstieg der Schwellenländer wie China und Indien wird das Problem nicht geringer. Ganz im Gegenteil: Unsere Lebensweise, unser Konsum- und Produktionsmodell ist nicht auf die gesamte Menschheit übertragbar. Was wir gegenwärtig erleben sind Verteilungskämpfe, die wegen der objektiven Grenzen immer brutalere Züge annehmen.

Wie ist in dieser Situation internationale Solidarität vorstellbar?
Letztlich brauchen wir eine Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft, die allen genügend Raum für ein gutes Leben bietet. Wir haben eine ganze Reihe von Forderungen entwickelt, die in diese Richtung gehen.
Eine wichtige Forderung im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus bleibt die Entmachtung der Banken und der Finanzmärkte. Reichtum muss massiv umverteilt und Schulden müssen gestrichen werden. Statt sozialer Spaltung und Ausgrenzung treten wir für eine demokratische, solidarische Gesellschaft in Europa und weltweit ein.



Interview: **Lena Bröckl**

Für eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe

Attac will einer überfälligen gesellschaftlichen Diskussion Beine machen


Foto: speednik@photocase.com

Gerne verschweigen die Krisenmanager in den Regierungen und die Berichterstatter die Kehrseite des Staatsschulden-Dramas: Jeder Million Euro Schulden steht eine Million Euro Vermögen gegenüber. Mit den Privatvermögen der Deutschen, die rund 8,5 Billionen Euro betragen, wäre es möglich, alle Schulden aller 17 Eurostaaten zu tilgen, ein Viertel des Vermögens würde ausreichen, die Schulden der Bundesrepublik auszulösen. Der Großteil dieser Vermögen ist in Besitz weniger Menschen. Allein das reichste eine Prozent der Deutschen besitzt 35 Prozent des Gesamtvermögens, die reichsten 10 Prozent über 60 Prozent. Das ist kein Sonderfall. Die Vermögensverteilung anderer europäischer Länder sieht ganz ähnlich aus. Und im Interesse dieser kleinen Geldelite wird gerade Politik gemacht – zu Lasten des Restes der Bevölkerung, der durch Lohnkürzungen und Sozialabbau immer ärmer gemacht wird.

Besonders ernst ist die Lage mittlerweile in Südeuropa. Wer heute durch die Straßen von Athen geht, kann die Folgen einer Krisenpolitik im Interesse der Vermögenden hautnah erleben: Obdachlosigkeit, Kriminalität, bittere Armut. Sogar Hunger kehrt zurück nach Europa. Doch auch in Deutschland greift die soziale Kälte um sich. Mittlerweile bekommen 1,4 Millionen Menschen hierzulande für ihre Arbeit so wenig Geld, dass sie als „Aufstocker" zusätzlich Sozialleistungen beantragen müssen. Über 15 Prozent der Kinder leben in „Hartz IV"-Familien, in manchen Regionen sind es weit über 30 Prozent. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter.

Dabei haben jene, die heute geschont werden, die große Krise erst verursacht. Die großen Vermögen sind nur noch zu einem verschwindend kleinen Teil an der sogenannten Binnennachfrage beteiligt, sie werden auf den Finanzmärkten eingesetzt, um aus viel Geld noch mehr Geld zu machen. Dadurch destabilisieren sie die ganze Welt und verursachen Krisen wie jene, mit der wir es aktuell zu tun haben.

Die gute Nachricht: Die großen Vermögen könnten auch Teil der Lösung der Probleme sein, wenn sie endlich wirksam abgeschmolzen und umverteilt werden!

Es gibt Indizien, dass die Debatte über Verteilungspolitik inzwischen auf etwas offenere Ohren stößt. Immer häufiger äußern die Medien Unbehagen über das drastische Ungleichgewicht. In den Oppositionsparteien hat eine Debatte über Verteilung begonnen, und die OECD hat Deutschland schon wiederholt wegen der viel zu geringen Besteuerung von Vermögen kritisiert.

Attac hat schon früh die Reichtumsverteilung als ein zentrales Moment der Krisendynamiken hervorgehoben. Jetzt wollen wir eine zweigleisige Offensive wagen:

Wir mobilisieren zum einen zusammen mit zahlreichen Bündnispartnern für eine gerechtere Verteilung. Wir planen öffentlichkeitswirksame Aktionen, Aktionspakete für Gruppen vor Ort und Demonstrationen. Für den September haben wir eine größere Mobilisierung ins Auge gefasst. Wir wollen erreichen, dass das Thema Verteilung bis zur Bundestagswahl nicht wieder in irgendwelchen Schubladen verschwinden kann. Ein zentrales Element wird die Forderung nach einer Vermögensabgabe sein, die einen wichtigen Schritt zu einer anderen Verteilungspolitik darstellen kann, vor allem, wenn sie Teil eines klugen Maßnahmenpaketes ist. Es gibt vielversprechende Debatten darüber u. a. mit Verdi und dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!", das wir schon seit über einem Jahr unterstützen.

Und wir arbeiten zum zweiten an einem weitergehenden Modell. Denn es ist klar: Es braucht mehr als ein Instrument, um die Umverteilung wirklich in Gang zu bringen und mehr als eine Bündnisforderung, die für viele Attacies eher nur einen ersten Schritt darstellt. Seit den 1990er Jahren sind die privaten Vermögen allein in Deutschland um über drei Billionen, das sind 3.000 Milliarden, Euro angewachsen. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Auf der anderen Seite steht aktuell der größte Angriff auf Demokratie und soziale Rechte in der Nachkriegsgeschichte. Um diesen Angriff abzuwehren braucht es eine Alternative, die dem Ernst der Lage gerecht wird. Es braucht eine weitreichende Vermögensabgabe, die substanziell in die Eigentumsverhältnisse eingreift – und zwar in möglichst allen Ländern Europas. Und es braucht zahlreiche weitere Maßnahmen, die der immer größer werdenden Ungleichheit permanent entgegenwirken, von der Finanztransaktionssteuer über Maßnahmen gegen Steuerflucht bis zur solidarischen Bürgerversicherung. Ideen gibt es viele. Dazu wollen wir mit einer eigenen Kampagnenarbeit in Attac und darüber hinaus Diskussionen anstoßen und „Denkschranken" auflösen.

Jutta Sundermann, Attac Koordinierungskreis
Steffen Stierle, Attac Koordinierungskreis

Gemeinsam und einsam in einem Boot

Bericht von einem Solidaritätsbesuch in Athen

Die verschiedenen Kulturen zusammenzubringen zeigte von Anfang an bestimmte Tücken: Die Initiative zu einem Besuch in Athen kam von KollegInnen von Attac Frankreich, geplant war ein kleines Vorbereitungstreffen, kurzfristig einberufen und auf Größeres zu einem späteren Zeitpunkt ausgerichtet. Es wurde dann doch gleich ein Solidaritätsbesuch mit relativ großer Beteiligung, obwohl klar war, dass es kein Sonntagsausflug sein würde.
Der Titel Solidaritätsbesuch ist wohl ein wenig irreführend, denn der Eindruck, der sich für mich ergeben hat war der eines organisierten Chaos. Ich meine nicht so sehr die Organisation – denn diese war trotz der Kurzfristigkeit und trotz der vielen, die auf beiden Seiten beteiligt waren, letztlich doch hervorragend. Aber das organisierte Chaos drückt sich in den Worten „auf beiden Seiten“ aus. Irgendwie war der Vorteil ein Nachteil: Wir kamen alle mit unseren eigenen (Vor-)Urteilen. Und es war in der einen oder anderen Form auch immer ein wenig dieses wir und ihr, von beiden Seiten. Und das zog sich durch den ganzen Besuch auch ein wenig als Grundspannung: Solidarität mit den zwei Gesichtern, dem des Helfens und dem des gemeinsam in einem Boot Sitzens.

Sicher kann man alles „erklären“, ist zumindest vieles „verständlich“. Doch das ändert(e) nichts an den großen Problemen vor Ort.
Einige Begegnungen gaben den Blick auf Verzweiflung und massive Verarmung frei – die streikenden Stahlwerksarbeiter, die zwar zuversichtlich schienen, aber doch eher wohl die Zuversicht jener zeigten, die nichts zu verlieren haben; und die Berichte von Lehrern, die aufzeigten, dass gerade in ländlichen Regionen die Situation etwas anderes zeigt: Es gibt tatsächlich noch mehr zu verlieren, denn dort kollabieren Kinder vor Hunger im Unterricht.
Andere Begegnungen vermittelten den Eindruck von Ausweglosigkeit. Die Aussprachen mit Gewerkschaftern und ParteivertreterInnen waren sicher informativ und zeigten für sich genommen auch verschiedene Lösungen auf. Vor allem wurde offensichtlich, dass zwei große nationale Reichtumspotentiale brach liegen: übermäßig angehäufte Reichtümer und Bereiche, in denen durchaus Potentiale für eine „blühende Landschaft“ liegen. Oliven nach Griechenland importieren erinnert ein wenig an die Eulen, die nach Athen getragen wurden. Klar wurde auch, dass die Umwelt zerstörende Industrieentwicklungen mit geringen Kurzzeitwerten im Wortsinne Zukunftspotentiale zubetonieren. Ein Beispiel ist ein Entwicklungsprojekt in der Nähe Athens, das eine dauerhafte Landschaftszerstörung in Kauf nimmt, um eine kurzfristige Infrastrukturentwicklung zu ermöglichen.
Dies ist eine Schwierigkeit, die sich mir immer wieder bei Protestbewegungen zeigt: Es ist leicht, in der Verteilung herrschender Politik einen gemeinsamen Ton zu finden, aber es ist schwer, im Chor ein neues Lied anzustimmen. Was im Einzelnen von den verschiedenen Seiten mehr oder weniger einsichtig schien, passte in der Zusammenschau nicht wirklich zusammen.

Wenngleich einige Skepsis bleibt, so war es doch nur so möglich, zumindest im Ansatz klarzustellen: Solidarische Hilfe kann nur wirklich wirksam werden, wenn sie über den Tellerrand hinausreicht und auch über die Mahlzeit, die wir alle derzeit auslöffeln sollen. Denn Griechenland ist nur ein Gang des Menus, das uns die EU und die Weltwirtschaft servieren. Leider war aber der Eindruck beim Besuch gemischt: Man saß an einer gemeinsamen Tafel, sprach über die Mahlzeit, aber löffelte dann an den einzelnen Gängen und verlor das Ganze schnell aus den Augen.

So bleibt die Aufgabe, die Arbeit an einer Neudichtung von Heinrich Heines Wintermärchen einer europäischen Version ernst zu nehmen und wirklich an gemeinsamen Konzepten für eine alternative Ordnung zu arbeiten:

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.
Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.



Foto: www.flickr.com/photos/chrisjeriko

Peter Herrmann, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac

Eine ausführlichere Version dieses Berichts findet sich im Internet unter:
http://kurzlink.de/Solidaritaet_mit_wem

McPlanet.com 2012

Es gibt keinen Planeten B

Internationaler Bewegungskongress zu Globalisierung, Umwelt und globaler Gerechtigkeit



Der „Erdgipfel", 1992: 172 Regierungen und 17.000 Menschen aus aller Welt versammeln sich in Rio de Janeiro und erklären „Nachhaltige Entwicklung" zum Leitbild globaler Politik. 20 Jahre später hat sich Nachhaltigkeit zu Tode gesiegt. Telefonanbieter bieten nachhaltige Tarife, bei denen die Umwelt besonders schützt, wer mehr telefoniert. Nachhaltigkeit heißt heute, bei der Rettung des Planeten möglichst wenig am eigenen Lebensstil oder Geschäftsmodell verändern zu wollen und trotzdem grün zu leuchten.

Währenddessen zeigen alle Indikatoren weiter in Richtung Katastrophe. Umwelt? Seit 1992, dem Startschuss für die internationale Klimapolitik, haben sich die Treibhausgasemissionen weltweit um etwa 40 Prozent erhöht. Entwicklung? Weltweit hungern inzwischen wieder mehr als eine Milliarde Menschen. Wirtschafts- und Finanzkrisen erschüttern stärker denn je die globale Ökonomie. Rio ist nicht unbedingt eine Erfolgsgeschichte globaler Politik.

Rio de Janeiro, im Frühsommer 2012: 20 Jahre nach dem ersten „Erdgipfel" will die Weltgemeinschaft in Rio de Janeiro mit einem „Rio+20-Gipfel" erneut Anlauf nehmen für eine global nachhaltige Entwicklung. Mit dem Konzept der „Green Economy" und einer Reform der internationalen Umweltpolitik sollen neue Impulse gesetzt werden.

Berlin, 20. bis 22. April 2012: McPlanet.com „Too Big to Fail" meldet dringenden Gesprächsbedarf an. Mittlerweile hat sich der internationale Bewegungskongress als eines der größten und wichtigsten Events der Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung etabliert. Er entstand einst aus der Überzeugung heraus, dass Globalisierung, Umweltschutz und Gerechtigkeit zusammen gedacht werden müssen. Und das mit Erfolg: In den vergangen Jahren zog er jeweils mehr als 1.500 TeilnehmerInnen an.

Die 5. Auflage des Kongresses knöpft sich nun den Rio+20-Gipfel vor. In mit über 100 Veranstaltungen prall gefüllten drei Tagen ziehen wir kritisch Bilanz von 20 Jahren internationaler Umwelt und Entwicklungspolitik und hinterfragen das Konzept der „Green Economy". Ist das ganze nur alter Wein in grünen Schläuchen? Wer verliert und wer gewinnt in der grünen Wirtschaft? Wie passen Green Economy und Wachstumskritik zusammen? Und warum redet im Rio-Vorbereitungsprozess eigentlich niemand über die Macht der Finanzmärkte und transnationaler Konzerne?

Doch McPlanet.com zeigt nicht nur mit dem Finger auf andere. Wir wollen auch die eigenen lieb gewonnenen Wahrheiten hinterfragen: Kann zum Beispiel die ökologische Landwirtschaft wirklich neun Milliarden Menschen ernähren? Ist eine Vollversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien dezentral überhaupt möglich? Lügen wir uns mit dem ökologisch-fairen Konsum nur in die Tasche? Und ist es überhaupt möglich, unsere Gemeingüter demokratisch zu verwalten?

In den Schwerpunktbereichen Landwirtschaft, Gemeingüter (Commons), Energie und Lebensstile – die sich wie ein roter Faden durch das Kongressprogramm ziehen – werden die Kontroversen, Transformationsmodelle und konkreten Umsetzungen diskutiert. Dazu eingeladen haben wir unter anderem Achim Steiner (UNEP), Tim Jackson (GB), Sunita Narain (Indien), Kumi Naidoo (Südafrika), Mariann Bassey und Nnimmo Bassey (Nigeria), Jutta Sundermann, Harald Welzer, Tanja Busse und Sven Giegold (D).

Doch McPlanet.com ist mehr als graue Theorie: Zeit und Raum für Information, Austausch und Vernetzung jenseits der großen Veranstaltungen; ein buntes Kulturprogramm mit Film, Musik, Poetry Slam und Theater; und nicht zuletzt Anregungen selbst aktiv zu werden und sich einzumischen.

Organisiert wird McPlanet.com 2012 von Attac, Brot für die Welt, BUND, Evangelischer Entwicklungsdienst, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, Heinrich-Böll-Stiftung und terre des hommes. Alle wichtigen Informationen zum Kongress und zur Anmeldung finden sich auf der Internetseite:
www.McPlanet.com

McPlanet.com 2012 Kongressbüro-Team



Foto: Maggie Osama

SPEAKERS TOUR

Energie zum Weiterkämpfen

Die Revolution ist (noch) nicht vollendet



Vor fast genau einem Jahr haben die revolutionären Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten jahrzehntealte Diktaturen weggefegt und für neue Hoffnungen gesorgt. Was ist daraus geworden, wo stehen die neuen Demokratien heute? Attac hat mit anderen Bündnisorganisationen AktivistInnen aus Nordafrika nach Deutschland zu einer Speakers Tour eingeladen. Brit Immerthal, Azza Chamkhi und Akram Youssef berichten über die Tour und die aktuelle Lage in Tunesien und Ägypten.

Hallo Brit, Du hast diese Tour maßgeblich organisiert und begleitet. Woher kam der Anstoß?
Die Idee zu einer Speakers Tour Nordafrika entstand im Oktober vergangenen Jahres in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein Jahr nach dem sogenannten Arabischen Frühling wollten wir AktivistInnen aus dem linkspolitischen Spektrum Tunesiens und Ägyptens einladen, über den jetzigen Stand der Dinge in ihren Heimatländern zu berichten.
Die Tour verlief durch insgesamt elf Städte und war in zwei Teile geteilt: In der ersten Woche hatten wir den Vizepräsidenten der Menschenrechtsliga Tunis Massoud Romdhani und den kritischen ägyptischen Journalisten Zyad Farag zu Gast. Nach einer Auftaktveranstaltung in Berlin machten wir Station in Leipzig, München, Mannheim und Saarbrücken.
In der zweiten Woche wechselten die Gäste. Es kamen Azza Chamkhi von Attac Tunesien/CADTM und aus Ägypten Akram Youssef von der Sozialistischen Volksallianz. Wir besuchten Frankfurt, Mainz, Fulda, Paderborn, Hamburg und aktuell zum Abschluss der Tour den Frühjahrsratschlag von Attac in Jena.

Azza, welche Eindrücke nimmst Du von den Begegnungen und Diskussionen mit?
Die Diskussionen waren von Stadt zu Stadt verschieden, ebenso das Publikum. Es gab viele Fragen zum Islamismus und zur Situation der Frau. Für mich war es sehr interessant mit Leuten zu diskutieren, die wie in Paderborn eher konservativ sind und nicht zum globalisierungskritischen Spektrum gehören. Wir haben gesehen, dass wir die gleichen Sorgen, gemeinsame Probleme haben: die neoliberale Politik und die soziale Ungerechtigkeit.

Du bist in Tunesien dabei gewesen, als das Regime Ben Ali gestürzt wurde. Wie siehst Du die Situation heute, ein Jahr noch den Ereignissen?
Für uns in Tunesien ist ein Traum in Erfüllung gegangen. Der Sturz von Ben Ali erfüllt uns mit Stolz und er hat viele Hoffnungen geweckt. Aber heute sehen wir, dass die Revolution noch nicht an ihrem Ziel ist. Die alten Eliten sind noch immer an der Macht, und die sozialen Veränderungen lassen auf sich warten. Das macht uns wütend, aber diese Wut gibt uns auch die Energie weiter zu kämpfen.
Der Auslöser für die Revolution war die soziale Krise im Land und die politische Unterdrückung: Es herrscht große Arbeitslosigkeit, 30 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, ganze Regionen sind marginalisiert. Wir wollten, dass sich diese Dinge grundlegend ändern. Dafür sind wir auf die Straße gegangen.
Heute sehen wir, dass sich die soziale Situation nicht wirklich geändert hat. Sicher, wir haben jetzt mehr politische Freiheiten, wir können uns organisieren. Die neue Regierung ist konservativ und verfolgt dieselbe neoliberale Politik. Aber die Hoffnung auf andere Verhältnisse ist nicht mehr aufzuhalten, die Proteste halten noch immer an.

Akram, Du kommst aus Kairo, wo der Platz Tahrir zum Symbol der „Yasmin-Revolution" geworden ist.
Ja, ich war auf dem Platz Tahrir vom ersten Tag an, dem 5. Februar, bis zum Sturz von Mubarak und auch danach. Man muss wissen, dass die Revolution in Ägypten eine Revolution der Städte ist, der jungen Mittelschicht. Sie wollen Demokratie, politische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit.
Auch in Ägypten ist die Revolution noch nicht vollendet, genau wie Azza aus Tunesien berichtet hat. Mit dem Militär und den Moslembrüdern ist noch immer das alte Elitennetzwerk an der Macht. Das alte Regime ist noch nicht ganz gestürzt, aber die Revolution hat gezeigt, wie schwach es ist.
Nach dem Sturz von Mubarak haben sich viele aus der Mittelschicht vom Platz Tahrir zurückgezogen. Die zweite Welle der Proteste war eher getragen von den ärmeren Bevölkerungsschichten. Sie haben radikalere soziale Forderungen gestellt. Diese Protestwelle ist vom Polizeiapparat – der noch immer der alte ist – brutal attackiert worden. Es sind über 12.000 Menschen festgenommen worden, und es gab auch viele Tote. Das hat das Militär diskreditiert, auf das anfangs viele ihre Hoffnungen gesetzt haben.

Welche Etappen liegen jetzt vor Euch?
Im Sommer wird es Parlaments- und Präsidentschaftswahlen geben. Aber die Demokratie ist noch sehr schwach. Die Militärs sind noch nicht bereit, die Macht aus der Hand zu geben. Die Islamisten sind in Ägypten eher konservativ, nicht radikal, und sie wollen es sich sicher nicht mit dem Westen verscherzen. Sie sind der alten Elite sehr nahe. Die aktuelle Regierung entspricht nicht den Erwartungen der jungen Mittelklasse.
Das alte Regime lässt sich nicht mehr wiederherstellen, die Hoffnungen auf grundlegende Veränderungen sind zu groß. Unsere Hoffnung ist, dass wir den politischen Freiraum, den wir vor einem Jahr erobert haben, erhalten können, und dass sich darin Organisationen und Parteien formieren können. Damit aus der schwachen Demokratie eine echte werden kann!

Interview: **Lena Bröckl**



„Josef A. – symbolisch verhaftet“, Foto: Boykin Reynolds



„Sing Revoluzzjohn!“

Rückblick

24. bis 28. Januar 2012
Attac beim thematischen Weltsozialforum in Porto Alegre
AktivistInnen aus aller Welt treffen sich beim thematischen Weltsozialforum (WSF) „Kapitalistische Krise – Soziale und ökologische Gerechtigkeit“ im brasilianischen Porto Alegre, um soziale und ökologisch gerechte Alternativen weiter zu entwickeln. Mit dabei sind Attacies aus zahlreichen Ländern.

26. Januar 2012
84.000 Unterschriften gegen Steuerabkommen
Das Bündnis „Kein Freibrief für Steuerbetrüger“, zu dem auch Attac gehört, überreicht mehr als 84.000 Unterschriften gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz an Länder-Finanzminister von SPD und Grünen.

27. Januar 2012
Attac-Studie: Deutsche Banken weiter massiv präsent in Steueroasen
Deutsche Großbanken machen weiterhin fette Geschäfte in Steueroasen. Die Deutsche Bank hat die Zahl ihrer Niederlassungen an Schattenfinanzplätzen sogar deutlich erhöht. Das zeigt eine neue Studie der Bankwechsel-Kampagne von Attac.

2. Februar 2012
Ackermann wegen Beihilfe zu Steuerhinterziehung verhaftet
Kurz vor der Jahrespressekonferenz der Deutschen Bank in Frankfurt verhaften Attac-AktivistInnen Josef Ackermann symbolisch wegen Beihilfe zu Steuerhinterziehung und entrollen vom Vordach des Gebäudes ein Banner mit der Aufschrift „Reif für die Steuerfahndung – Deutsche Bank raus aus Steueroasen!“.

20. Februar 2012
„Von Tünnes bis Tunesien: Jeder Pappnas sing Revoluzzjohn!“
Inspiriert von globalen Krisenprotesten und Arabischem Frühling beleben rund 100 G8-Pappnasen – darunter viele Attacies – den politischen Karneval in Köln.

27. bis 29. Februar 2012
Attac-Delegation reist nach Griechenland
Eine europäische Attac-Delegation reist nach Griechenland, um dort AktivistInnen von Attac Hellas, anderen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu treffen und auszuloten, wie der Widerstand der GriechInnen unterstützt werden kann.

25. und 26. Februar 2012
Aktionskonferenz stellt Protest-Fahrplan auf
400 AktivistInnen verständigen sich bei einer internationalen Aktionskonferenz in Frankfurt am Main auf einen Protest-Fahrplan gegen die europaweite Kürzungspolitik: Im Zentrum stehen internationale Aktionstage vom 17. bis 19. Mai in der Bankenstadt mit Besetzungen, Blockaden und einer großen Demo.

8. März 2012
Bremsklotz Bouffier aus dem Weg geräumt
Hessische Attac-Gruppen bewegen Finanztransaktionssteuer-Bremsklotz Volker Bouffier vor dem Landtag in Wiesbaden symbolisch von der Stelle.

9. März 2012
Lautstarker Protest gegen Atomexport-Bürgschaften
150 AtomkraftgegnerInnen protestieren vor dem Kanzleramt gegen deutsche Exportbürgschaften für den Bau von Atomkraftwerken im Ausland. Aufgerufen haben Attac, Campact und Urgewald.

11. März 2012
Fukushima-Jahrestag: 50.000 demonstrieren
Unter dem Motto „Fukushima mahnt: Atomanlagen jetzt abschalten!“ demonstrieren rund 50.000 Menschen in sechs Regionen Deutschlands für eine schnelle Energiewende und den Atomausstieg. Attac hat mit aufgerufen.

12. bis 24. März 2012
Speakers Tour mit AktivistInnen aus Tunesien und Ägypten
AktivistInnen aus Ägypten und Tunesien berichten bei einer Speakers Tour durch elf Städte von den Umwälzungen in ihren Ländern. Organisiert wird die Tour von Attac und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

14. bis 17. März 2012
Mehr als 5.000 bei Alternativem Weltwasserforum
Mehr als 5.000 Aktive aus über 50 Ländern kommen in Marseille zum Alternativen Weltwasserforum FAME zusammen. Im Zentrum stehen Möglichkeiten einer lokal verankerten, ökologisch und ökonomisch sinnvollen Wasserversorgung in öffentlicher Hand.

24. und 25. März 2012
Ratschlag beschließt Kampagne für Vermögensabgabe
Die internationalen Aktionstage vom 17. bis 19. Mai in Frankfurt und eine Vermögensabgabe-Kampagne bilden die Attac-Schwerpunkte in den kommenden Monaten. Das beschließen die Attac-Aktiven beim Ratschlag in Jena.

26. März 2012
Fiskalpakt: Abgeordnete bekommen Attac-Post
Die Bundestagsabgeordneten finden Post von Attac in ihren Fächern. In den Schreiben werden sie aufgefordert, bei der Abstimmung über den Fiskalpakt mit Nein zu stimmen.

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Menschen in Attac

„Aktionsorientiertes Bildungsnetzwerk – und das ist gut so."

Theo Tekaat über Attac von A(drenalin) bis W(achstumskritik)



Am Wochenende hat er noch beim Ratschlag mitdiskutiert, ein paar Tage später nimmt er sich die Zeit, sich für den Rundbrief portraitieren zu lassen: Theo Tekaat von Attac Mainz geht es wie vielen aktiven Attacies – sein Engagement hat auch in seiner persönlichen Zeitplanung einen festen Platz; es lässt sich nicht einfach „nebenher" erledigen.
Wir haben uns mit ihm darüber unterhalten, warum es für ihn gut investierte Zeit ist.

Theo, Du bist seit fast zehn Jahren Attac-Mitglied. Wie ist es dazu gekommen, wann hast Du angefangen, Dich für Politik zu interessieren?
Wie eigentlich alle, die in den 60ern studiert haben, hat mich diese Zeit fast unmerklich politisiert. Die so genannte 68er-Bewegung habe ich allerdings eher am Rande verfolgt. Ich war zwar auch bei Dutschke oder manchmal bei Demos, aber in erster Linie habe ich Physik studiert.

Wie ging es politisch mit Dir nach Deinem Studium weiter?
Ich habe angefangen zu arbeiten, bin in die SPD eingetreten, was für mich in erster Linie durch Willy Brandt motiviert war. Ich habe damals in einer kleinen Gemeinde mit erdrückender CSU-Mehrheit gelebt und war damit schon durch meine SPD-Mitgliedschaft Teil einer „kleinen radikalen Minderheit". Da habe ich dann meine ersten Erfahrungen in der Kommunalpolitik gemacht.
Doch mein großer zweiter Politisierungsschub passierte später – als ich in einem transnationalen Konzern gearbeitet habe und miterleben musste, wie der Ende der 90er in seine Einzelteile zerlegt und auf dem Weltmarkt verscherbelt wurde. In der SPD war radikale Wirtschaftskritik nicht zu machen – da musste ich dann schon zu Attac gehen (lacht).

Wie waren Deine ersten Eindrücke in Attac?
Ich kannte noch niemanden aus der Gruppe privat, hatte also damit keinen kurzen Weg in die Gruppe. Aber wegen der Themen und Veranstaltungen der Mainzer Attacies bin ich ungefähr ein Jahr nach der Gründung der Ortsgruppe einfach mal auf ein Plenum gegangen. Ich habe eine sehr lebendige Gruppe kennen gelernt, ein breites Spektrum von jung bis alt, die sehr aktiv waren. Und seitdem gehöre ich dazu.

Du hast Dich bislang aber nicht nur auf lokaler Ebene in Attac eingebracht, oder?
Nein, ich versuche schon auch immer mitzubekommen, was auf Bundesebene läuft. Wenn mich dann ein Thema besonders anspricht, dann entscheide ich, ob und wie ich mich dort einbringen möchte. So bin ich zum Beispiel zur EU-AG von Attac gekommen: Es hat mich – quasi als jemanden aus der Generation, die das Zusammenwachsen Europas hautnah mitgekriegt hat – wütend gemacht, dass die ursprüngliche Idee eines „sozialen Europa" völlig den Bach runterging. Die Wirtschaft hat die Idee eines vereinten Europa usurpiert und aggressiv die eigenen Interessen verfolgt.
Auch beim Kongress „Jenseits des Wachstums?!" im vergangenen Jahr habe ich mich engagiert. Schon 1972 hatte mich das Buch „Grenzen des Wachstums" nachhaltig beeindruckt; selbst in unserem Konzern haben wir uns gefragt: „Wie stellen wir uns auf die Zeit nach dem Öl ein?". Allen war klar: Da kommt ein riesiges Problem auf uns zu. Trotzdem war das Thema plötzlich wie von der Bildfläche verschwunden. Die neuen Daten zum Klimawandel haben mich tief beunruhigt und deshalb habe ich bei der Kongressvorbereitung mitgemacht. Zwei Punkte sind mir dabei noch einmal ganz deutlich geworden. Erstens: Wir leben nicht etwa gut, weil die Wirtschaft besonders effektiv ist, sondern weil wir fossile Rohstoffe verpulvern. Und zweitens: Wirtschaft ist kein Synonym für Fortschritt; mancher Fortschritt kann nur durch staatliche Regelungen erzwungen werden.
Für mich ist die Reduzierung des Rohstoff- und Energieverbrauchs nach wie vor das drängendste Thema. Es wird zunehmend von den Konservativen okkupiert, die der breiten Bevölkerung weiß machen wollen, „alle" müssten den Gürtel enger schnallen. Dabei müssen wir mit der Reduktion dort anfangen, wo der größte ökologische Fußabdruck gemacht wird – und das ist nun mal am oberen Vermögensende.

Du hast mal erzählt, dass der Kongress so viel Arbeit war, dass Du danach eigentlich in einen selbstverordneten „Attac-Ruhestand" gehen wolltest. Was hat Dich – zum Glück – umgestimmt?
(lacht) Zum einen kann man als Attacie einfach auch unglaubliche Erlebnisse haben. Mein persönlicher Höhepunkt war, dass ich bei der Erstürmung der Börse dabei war. Das Adrenalin und die Euphorie, wenn eine spektakuläre Aktion gelingt, das ist einfach eine tolle Sache. Zum anderen sind mir die Inhalte einfach zu wichtig, als dass ich es einfach sein lassen könnte. Deshalb bin ich natürlich jetzt auch mit dabei, wenn es darum geht, hier in Mainz in diesem Jahr die Sommerakademie auszurichten.

Theo, vielen Dank für das Gespräch!

Interview: **Jule Axmann**

Yes, we camp!

Vom 17. bis 19. Mai 2012 haben Frankfurts Banken frei



Foto: Fiona Krakenbürger, www.echtfotografie.de

Dieser Frühling wird es in sich haben: Vom 17. bis 19. Mai sind große Aktionstage gegen die neoliberale Verarmungspolitik geplant. Mit einem breiten europaweiten Bündnis werden wir das Frankfurter Bankenviertel ins Zentrum der Proteste stellen. Denn Arm in Arm mit der Bundesregierung treibt die Europäische Zentralbank (EZB) autoritäre Sparpolitik und Demokratieabbau voran. Sie wollen Europa kaputtsparen und uns die letzten sozialen Rechte rauben – dagegen gehen wir auf die Straße!

Den Aktionen in Frankfurt am Himmelfahrtswochenende gehen zwei dezentrale globale Aktionstage voraus, die in vielen Städten die Solidarität der internationalen Bewegungen sichtbar machen werden. Vom Mittelmeer bis zur Wallstreet, überall sehen sich die Menschen denselben Zumutungen gegenüber. Der 15. Mai ist der Jahrestag der Besetzung der Puerta del Sol in Madrid und der Beginn der Bewegung der „Empörten" (Indignados) in Europa. Bereits am Samstag, den 12. Mai werden weltweit viele Aktionen stattfinden.

Am 17. Mai wollen wir uns den öffentlichen Raum rund um die Europäische Zentralbank zu Eigen machen: „Blockupy Frankfurt" wird sich mit einem großes Zeltlager, Diskussionen, Aktionen und einem vielfältigen Kulturprogramm im Bankenviertel einnisten. Zelt, Schlafsack und Isomatte, Campinggeschirr und gute Laune ist alles, was Ihr braucht.
Am 18. Mai bleiben die EZB und andere Banken geschlossen ;-) „Blockupy" sorgt für einen bankenfreien Tag in Frankfurt. Statt Geld scheffeln stehen heute Diskussionen und Alternativen auf dem Programm.
Der 19. Mai steht ganz im Zeichen einer internationalen Demonstration für ein demokratisches und soziales Europa. Vier Forderungen stehen im Zentrum der Proteste:

Schulden streichen!
Reichtum umverteilen!
Banken entmachten!
Demokratie erkämpfen!

Macht mit, diese Aktionstage vorzubereiten: Sprecht mit Euren Freunden, organisiert Busse, kommt nach Frankfurt. Helft mit, dass diese Tage ein deutliches Zeichen setzen.

Mitmachen! Fiskalpakt stoppen!

Wir fordern: Demokratie und Solidarität statt Verarmungspolitik!

Da braut sich was zusammen: Die Länder Europas sollen den Fiskalpakt unterzeichnen. Nur wer diesen Knebelvertrag ratifiziert, darf den „Rettungsschirm" ESM nutzen – und sobald zwölf Staaten ratifiziert haben, tritt er in Kraft. Doch die Bewegung schläft nicht. Überall wachsen die Proteste gegen diesen Angriff auf Demokratie und soziale Errungenschaften und gegen die Verachtung jeglicher ökonomischer Vernunft.

Macht mit und unterstützt uns!

Der Fiskalpakt erhebt die Europäische Kommission zum Sparkommissar, der in die Haushaltspolitik der Mitgliedsländer eingreifen darf. Damit wird das vornehmste Recht der Parlamente ausgehebelt. Dies betrifft vor allem die Länder, die akut in der Schuldenfalle sitzen.
Der Fiskalpakt erzwingt eine Politik der Ausgabenkürzung und damit Sozialabbau und Privatisierung. Dabei werden schon seit Jahren hohe Einkommen und große Vermögen entlastet und der Steuerwettbewerb in der EU befördert – das Resultat ist eine Umverteilung von unten nach oben. Doch statt sich das Geld von den Krisenprofiteuren zurückzuholen, werden Defizitländer systematisch verarmt und kaputtgespart, was die Wirtschaftskrise noch verschlimmert.
Wir können den Vertrag verhindern!
Mit Bündnispartnern, Stellungnahmen und gemeinsamen Aktionen macht Attac mobil gegen den europaweiten Kahlschlag. Macht mit! Schon mit wenigen Klicks könnt Ihr die Bundestagsabgeordnete oder den Bundestagsabgeordneten Eures Wahlkreises auffordern, den Vertrag zu verhindern!

Protestmöglichkeiten und weitere Infos:
www.attac.de/fiskalpakt





Aus dem Attac-Shop

Vor wenigen Wochen kamen 5.000 Menschen aus aller Welt zum Alternativen Weltwasserforum FAME in Marseille zusammen. Das war ein enormer Erfolg für die globale Wasserfriedensbewegung und zeigt, wie groß das weltweite Interesse an Alternativen zu einer den Profitinteressen von Konzernen unterworfenen Wasserversorgung ist. Passend zum Thema ist jetzt ein aktueller Basistext erschienen:

Markus Henn, Christiane Hansen u.a.: Wasser ist keine Ware. Wasserversorgung zwischen Gemeinwohl und Kommerz. (AttacBasistext 41)



Die Frage „Wasser für alle oder Wasser für alle, die es sich leisten können?“ wird mit der Menschenrechtserklärung eindeutig beantwortet. Damit ist die gesamte Menschheit die Verpflichtung eingegangen, denjenigen zu helfen, denen der Zugang zu sauberem Wasser verwehrt ist. Im Endeffekt aber wird die Realisierung des Menschenrechts auf Wasser vielfach davon abhängen, inwieweit politische AktivistInnen in den einzelnen Ländern es durchsetzen können.

„Wasser gehört uns allen und es ist für alle da. Aber das ist kein Naturgesetz. Ohne unser aller Einsatz kann das erst vor kurzem offiziell anerkannte Menschenrecht auf Wasser jederzeit dem Rendite- und Expansionsstreben der Konzerne, aber auch den Machenschaften der Politik, zum Opfer fallen.“

Das Buch fasst die weltweite Situation der Ressourcen, ihre Gefährdungen und die konkurrierenden Nutzungsansprüche zusammen, fragt nach den Bedingungen für qualitativ gute und sozial angemessene Trinkwasserversorgung.

Die AutorInnen Christiane Hansen (Aquattac/FAME), Markus Henn (WEED/Berliner Wassertisch/Aquattac), Bernd Rode (Verdi/WasserAllianz Augsburg), Veronika Baier (Unser Wasser Kassel/Attac-Regionalgruppe Kassel), Hans-Werner Krüger (bis 2005 Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hamburger Wasserwerke GmbH), Nikolaus Geiler (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.) sind alle auch beim bundesweiten Netzwerk „Wasser in Bürgerhand“ aktiv.

Broschiert, 96 S., 7 EUR

isw-report 87: ABC der Schulden- und Finanzkrise



Seit Jahren folgt eine Krise auf die andere. Von der Immobilien- zur Bankenkrise, von der Wirtschafts- zur Krise der Schuldnerländer und der Staatsfinanzen, von der Eurokrise wieder zur Bankenkrise und wieder zurück. Der globale Kapitalismus ist gefangen in ständigen Krisenzyklen und findet keinen Ausweg. Der Betrachter, gerade auch der engagierte und zur Aktivität bereite, steht vor einer Fülle von Begriffen, die in hohem Tempo und mit großer Intensität auf ihn einprasseln. Was gestern noch subprime-Kredite waren, sind heute schon Credit Default Swaps und andere Derivate, sind Leerverkäufe und Treasuries, Kernkapitalquoten und Basel I, II und III.

Die isw-Redaktion legt hier ein ABC vor, in dem über 70 der meistgebrauchten und wichtigsten Stichworte der Schulden- und Finanzkrise erläutert werden. Dabei geht es nicht in erster Linie um eine „lexikalische“ Definition der Sachverhalte, sondern um ihren je speziellen „Beitrag“ zur Krise und zur Krisenhaftigkeit des an seine Grenzen stoßenden neoliberalen Akkumulationsmodells des Kapitalismus.

Zeitschrift, 40 S., 4 EUR

Wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
aber auch telefonisch unter:
069–900 281–10
per Fax an:
069–900 281–99
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Bitte, so vorhanden,
die [Bestellnummer] angeben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Karsten Peters,
Gabriele Rohmann, Richard Schmid,
Kay Schulze, Steffen Stierle
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann









Foto: Fiona Krakenbürger, www.echtfotografie.de

Attac-Sommerakademie

1. bis 5. August 2012
Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz

Eine ganz andere Krisenpolitik, mehr Demokratie statt weniger, Sanierung der öffentlichen Haushalte durch Umverteilung statt Spardiktat, ein solidarisches Europa – diese Forderungen sind einige der Fixpunkte in der aktuellen Protestdynamik. Und daran möchten wir auch mit unserer diesjährigen Sommerakademie anknüpfen: Wir möchten möglichst viele Menschen motivieren, Teil der Bewegung zu sein und sich gemeinsam für Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle stark zu machen.

Entlang der Themenblöcke Finanzmärkte entwaffnen, Reichtum umverteilen, Demokratie erstreiten, Klimagerechtigkeit und Politisches Handwerkszeug werden wir wieder jede Menge spannender Podien, Foren und Workshops stricken, und wie immer wird auch das kulturelle Rahmenprogramm nicht zu kurz kommen. Wir freuen uns auf Euch!

Das Vorbereitungsteam sucht noch Leute, die Lust haben mitzuarbeiten, sowohl in der Vorbereitung als auch für unterschiedlichste Aufgaben bei der Veranstaltung selbst. Wer sich so eine Mitarbeit vorstellen kann, kann sich an Carolin wenden:
carolin.franta@attac.de

Aktuelle Informationen finden sich in Kürze auf:
www.attac.de/sommerakademie

**Umgezogen?
Adresse falsch?**

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069–900 281–10 oder per E-Mail an: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Alles neu macht der Mai nicht von allein!

Im Mai jähren sich Proteste, die mit der „Bewegung 15. Mai“ in Spanien ihren Anfang fanden. Schnell breitete sich dieser Impuls im vergangenen Jahr aus und brachte in vielen Städten der Welt Menschen auf die Straße, die von kosmetischen Korrekturen an den Finanzmärkten und drakonischer Sparpolitik an den Bürgerinnen und Bürgern als Reaktion auf die Krise genug haben.
Attac hat sich engagiert in diese Proteste eingebracht; am ersten weltweit ausgerufenen Aktionstag der Bewegung am 15. Oktober vergangenen Jahres organisierte Attac in vielen Städten maßgeblich mit. Mit eigenen Aktionen wie der Bankenumzingelung im November konnten wir Akzente setzen und innerhalb dieser Proteste unsere Forderungen formulieren – Banken entmachten, Reichtum umverteilen, Demokratie erkämpfen!
Seit letztem Jahr hat sich die Lage weiter dramatisch zugespitzt. Griechenland wurde ein Spardiktat aufgezwungen, das die griechische Bevölkerung systematisch verelenden lässt, und das unter Aushebelung grundlegender demokratischer Prinzipien. Und mit dem Europäischen Fiskalpakt, der in den EU-Ländern noch ratifiziert werden muss – Ende Mai auch im Bundestag – wird ein weiterer massiver Angriff auf die Demokratie vorbereitet.



Auch die unsozialen Auswirkungen dieses Pakts folgen der bekannt verqueren Umverteilungslogik von unten nach oben, die die Krisenpolitik bislang geprägt hat.
Wann, wenn nicht jetzt? Wer, wenn nicht wir? Wir möchten die Europäischen Aktionstage im Mai nutzen, um unmissverständlich klar zu machen: Wir brauchen echte Veränderungen und wir brauchen sie jetzt! Mit den Protesten in Frankfurt werden wir der Bewegung einen weiteren Anstoß geben und noch viel mehr Menschen erreichen. Bist Du dabei?
Die Aktionstage sind breit angelegt und brauchen nicht nur Zeit und Engagement. Planung, Logistik, Mobilisierung, Informationsmaterial und vieles andere rund um Proteste dieser Größenordnung verursachen enorme Kosten, die wir nur gemeinsam stemmen können. Stärke die Aktionstage im Mai doch mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder online unter www.attac.de/spenden mit einer Spende.

Vielen Dank für Deine Unterstützung!

